

# SÄCHSISCHER LANDTAG

2. Wahlperiode — 28. (außerordentliche) Sitzung

Freitag, den 25. Juli 1952



Beginn der Sitzung: 18.05 Uhr.

## Anwesende Minister:

Ministerpräsident Max Seydewitz  
Minister Arthur Hofmann  
Minister Rudolph Schulze  
Minister Fritz Weißhaupt

## Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Entschuldigt fehlende Abgeordnete.  
Anderung der Tagesordnung.

### 1a) Anzeige des Landtagspräsidenten über bei der Landtagskanzlei eingegangene Eingaben, Beschwerden und Gesuche.

— Drucksache Nr. 153 —  
Ohne Widerspruch bestätigt.

### 1b) Anzeigen der Arbeitsausschüsse über die Erledigung von Eingaben.

— Drucksache Nr. 154 —  
Ohne Widerspruch bestätigt.

### 2. Erste und zweite Beratung des Gesetzes über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Land Sachsen.

— Drucksache Nr. 155 —

#### Wortmeldungen:

1. Ministerpräsident Max Seydewitz . . . . . S. 955  
2. Fritz Danke (FDGB) . . . . . S. 958

#### Beschluß:

Das Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Land Sachsen — Drucksache Nr. 155 — wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

### 3. Schlußwort.

Magnus Dedek . . . . . S. 960

### 4. Grußadresse an Landtagspräsident Otto Buchwitz.

Magnus Dedek . . . . . S. 962

Ende der Sitzung: 19.25 Uhr.

## Vizepräsident Magnus Dedek:

Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Die heutige außerordentliche Sitzung unseres Sächsischen Landtages ist hiermit eröffnet.

Ich habe eingangs einige Bekanntmachungen. Eine ganze Reihe Abgeordnete hat sich wegen Krankheit und dienstlicher Verpflichtung entschuldigt, unter anderem auch unser hochverehrter Präsident Otto Buchwitz, der

zu einem Erholungsurlaub in der Sowjetunion weilt. Er hat mich beauftragt, die heutige Sitzung zu leiten.

In der Tagesordnung wollen wir eine Umstellung vornehmen. Mit Einverständnis des Ältestenrates wollen wir Punkt 2a) und Punkt 2b) vorwegnehmen als Punkt 1a) und 1b) und dann Punkt 1 als Punkt 2 der Tagesordnung betrachten. — Ich nehme Ihr Einverständnis an.

Zu Punkt 1a) Anzeige des Landtagspräsidenten über bei der Landtagskanzlei eingegangene Eingaben, Beschwerden und Gesuche sind mir keine Einwendungen bekannt.

Unter Punkt 1b) Anzeigen der Arbeitsausschüsse über die Erledigung von Eingaben bitte ich, eine Berichtigung vorzunehmen, und zwar meldet mir der Vorsitzende des Rechtsausschusses unter Drucksache 154 zu Punkt 13 zur 17. Anzeige des Rechtsausschusses folgende Berichtigung:

„P. 378/II Wilhelm Kögler.

Die Eingabe des Herrn Wilhelm Kögler ist durch die Mitteilung des Finanzministeriums, die Stundung des strittigen Betrages bis 31. Dezember 1953 auszusprechen und von dem Einzug der monatlichen Tilgungsraten bis zu der erwarteten gesetzlichen Regelung abzusehen, für erledigt zu erklären.“

Auch hier erhebt sich kein Widerspruch.

Wir kommen zu Punkt 2, vordem Punkt 1, der Tagesordnung:

Beratung und Beschlußfassung über ein Gesetz zur weiteren Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Lande Sachsen. — Die Drucksache Nr. 155 mit sämtlichen Anlagen liegt jedem Abgeordneten vor.

Das Gesetz wird in zwei Lesungen beraten. Die Begründung zu diesem Gesetz gibt uns Herr Ministerpräsident Max Seydewitz.

## Ministerpräsident Max Seydewitz:

Meine Damen und Herren!

Am 23. Juli dieses Jahres hat die Volkskammer in ihrer außerordentlichen Sitzung unter dem stürmischen Beifall ihrer Abgeordneten einstimmig, also mit verfassungsändernder Mehrheit, das Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen.

In der Präambel des von unserer Volksvertretung beschlossenen Gesetzes heißt es unter anderem:

„Die Aufgaben der weiteren demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik erfordern eine größtmögliche Annäherung der Organe der Staatsgewalt an die Bevölkerung und eine breitere Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung des Staates . . .“

Der Staat des alten Deutschlands hatte nichts mit der Leitung der Wirtschaft zu tun, da die Fabriken, Werke und Gruben sowie die Banken einzelnen Großkapitalisten gehörten, die Profite aus der Ausbeutung der Werktätigen zogen. Der neue, wahrhaft demokratische Staat in der Deutschen Demokratischen Republik, der mit den großkapitalistischen Ausbeutern ein Ende gemacht hat, leitet im Auftrage des Volkes auch die Wirtschaft, die in Volkseigentum überging und den Interessen des Volkes dient.